

II- 86 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 56 ~~71~~

A N F R A G E

1983 -06- 23

der Abgeordneten Burgstaller, Fuchs
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Arbeitsplatzsituation im Werk Niklasdorf des Leykam-Konzerns

Seit Jahren sind die wirtschaftlichen und strukturellen Schwierigkeiten im Werk Niklasdorf bekannt. Diese Probleme haben in den letzten Jahren zu einer drastischen Personalreduzierung geführt. Bereits im Jahre 1980 hat der Aufsichtsrat der Leykam-AG die Schließung des Werkes Niklasdorf beabsichtigt.

Anlässlich einer Regionalkonferenz am 27. Oktober in Leoben hat der damalige Vizekanzler und jetzige CA-Generaldirektor Dr. Androsch zum Problem der Papiierfabrik Leykam-Niklasdorf folgende Aussage getroffen:

"Es werde morgen zu keinem Beschluß über die Schließung kommen. An eine Nacht- und Nebelaktion ohne Vorbereitung könne man nicht denken" (Soz. Korrespondenz vom 28. Oktober 1980).

Für Niklasdorf verlangte Androsch weiter die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und meinte, daß für diesen günstigen Standort ein Betrieb gefunden werden müßte. In einem ORF-Interview vom 27.10.1980 versicherte Androsch, für den Fall einer Schließung auf jeden Fall für entsprechende Ersatzarbeitsplätze zu sorgen. So heißt es im Kurier vom 6.12.1980: "Die Niklasdorfer Lösung sei zwar nicht beliebig wiederholbar. In diesem extremen Grenzfall habe es aber nichts anderes gegeben. Man kann nicht 500 Familien vor das Nichts stellen."

Es ging darum, Zeit für die Neuansiedlung von Betrieben zu gewinnen. Im Laufe der Regionalkonferenz wurde auch eine Vereinbarung über die im Werk Niklasdorf angefallenen Verluste

-2--

in der Form getroffen, daß der Bund, das Land und die Creditanstalt zu je einem Drittel diese Beträge dem Leykam-Konzern zuführen.

Die steirische Landesregierung hat entsprechend der grundsätzlichen Beschlüsse einer Verlustabdeckung nicht zugestimmt, sondern sich im Rahmen dieser Vereinbarung nur daran beteiligt, daß Finanzmittel in entsprechender Höhe dem Leykam-Konzern für Investitionen zur Aufrechterhaltung des Standortes Niklasdorf gewährt wurden. Bisher hat das Land Steiermark dem Leykam-Konzern 43 Mio. S. zur Verfügung gestellt. Trotz drastischer Personalreduzierung und gigantischer Anstrengungen der dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten hat der Aufsichtsrat des Leykam-Konzerns die Schließung des Werkes Niklasdorf beschlossen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende:

A n f r a g e :

1. Was wurde vom damaligen Finanzminister Dr. Androsch unternommen, um einen Ersatzbetrieb in Niklasdorf anzusiedeln?
2. Wie wurden die Bemühungen, einen Betrieb anzusiedeln, in den letzten Jahren seitens Ihres Ministeriums fortgesetzt?
3. Welche konkreten Gespräche mit Unternehmungen und Unternehmern wurden in diesem Zusammenhang geführt?
4. Entsprechend der Finanzhilfe hat das Land Steiermark 43 Mio. S. in den letzten Jahren bezahlt; wann hat der Bund dem Leykam-Konzern welche Beträge bezahlt?
5. Im Jahre 1980 hat die finnische Engineering-Firma Yaakko Pöyry ein Gutachten über den Standort Niklasdorf erarbeitet. Wie lautet das Ergebnis?

-3-

6. Welche Maßnahmen wurden nach Vorliegen dieses Gutachtens getroffen, um die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu sichern?
7. Sind Sie bereit, die Aussage des Dr. Androsch, die dieser als Vizekanzler der Bundesregierung abgegeben hat, aufrechtzuerhalten, wonach eine Schließung erst nach Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in Frage kommt?
8. Haben Sie sich mit der Möglichkeit einer Verselbständigung des Werkes Niklasdorf der Leykam-AG befaßt und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?
9. Wurden seitens Ihres Ministeriums bzw. seitens der CA, die Ihrer Aufsicht obliegt, Gutachten über den Fragenkomplex Weiterbestand des Werkes Niklasdorf als selbständiges Unternehmen Brigl und Bergmeister-Gesellschaft m.b.H. eingeholt?
10. Wie beurteilen Sie die Chancen eines selbständigen Unternehmens Brigl-Co-Bergmeister-Gesellschaft m.b.H.?